

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt,  
Klimaschutz, Mobilität und Planung  
am Freitag, dem 03.03.2023, im Großen Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 12:40 Uhr**

		Seite
.	<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>	
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2.	Bericht der Verwaltung	6
3.	Bau von Höchstspannungsleitungen im Kreis Warendorf	<b>030/2023</b> 7
4.	Einführung des DeutschlandTickets	<b>042/2023</b> 10
5.	Vorstellung aktueller Projekte durch den Mobilitätsmanager des Kreises Warendorf	<b>032/2023</b> 12
6.	Kapitalerhöhungsbeschluss verbunden mit einer Änderung des Gesellschaftsvertrages bei der Tarifgemeinschaft Münsterland - Ruhr-Lippe GmbH aufgrund des Beitritts des Kreises Steinfurt	<b>033/2023</b> 14
7.	Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum Linienbündel WAF 6	<b>034/2023</b> 15

**Anwesend:**

<b>Ausschussmitglieder</b>	
Claßen, Anne	
Dufhues, Hannelore	
Grap, Valeska	
Grobecker, Hubert	
Gutsche, Guido	
Hamann, Maria	
Heringloh-Poll, Norbert	
Lepper, Martin	
Ommen, Detlef	
Richter, Konrad	
Rosenbaum, Ulf	
Schmedding, Josef	
Tegelkämper, Paul	
Tentrup-Beckstedde, Christoph	
<b>stellv. Ausschussmitglieder</b>	
Aydemir, Ergül	Vertretung für Frau Maschelski-Werning
Möllmann, Rolf	Vertretung für Herrn Budde
Stelthove, Karl	Vertretung für Herrn Ulrich Schlösser
<b>von der Verwaltung</b>	
Bleicher, Herbert, Dr.	
Hackelbusch, André	
Hemmann, Burkhard	
Kalthoff, Manuela	
Kamphans, Michaela	
Schmalz, Florian	
Schmitz, Patrick	
Terwey, Martin	
<b>Gäste</b>	
Gisder, Frank	
Hehl, Matthias	
Schmidt, Tobias	
Weber, Michael	

**Es fehlten entschuldigt:**

<b>Ausschussmitglieder</b>	
Blex, Christian, Dr.	entschuldigt
Ströse, Dana	entschuldigt

Der Ausschussvorsitzende, Herr Guido Gutsche, eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass die Ladung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung mit der Einladung am 15.02.2023 fristgerecht erfolgt ist.

<b>I. Öffentlicher Teil</b>
-----------------------------

<b>1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</b>
--

Hierzu gibt es keine Wortmeldungen, da kein Einwohner / keine Einwohnerin anwesend ist.

<b>2. Bericht der Verwaltung</b>	
----------------------------------	--

Herr Dr. Bleicher begrüßt die Anwesenden.

**Anpassung des Regionalplans an den Landesentwicklungsplan**

Herr Dr. Bleicher erklärt, dass es in den einzelnen Kreisen zentrale Veranstaltungen geben werde. Zu diesen Veranstaltungen werden die Kommunen und der Kreis eingeladen. Die Verwaltung wird im Rahmen der Beteiligung öffentlicher Stellen eine Stellungnahme vorbereiten und dem Ausschuss zur Beratung vorlegen.

**Brand bei der AWG in Ennigerloh**

Herr Dr. Bleicher berichtet über den Brand auf dem Gelände der AWG in Ennigerloh am 28.02.2023, bei dem ein Förderband in einer Lagerhalle beschädigt wurde. Er erklärt, dass es keine Personenschäden gegeben habe und dass sich der Sachschaden im geringen Rahmen bewege. Es werde davon ausgegangen, dass die Wiederinbetriebnahme der Anlage zeitnah möglich sei.

**Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema „Sachstand Windenergie“**

Herr Dr. Bleicher teilt mit, dass die Anfrage der CDU-Fraktion vom 17.02.2023 am Ende der Sitzung beantwortet werde.

### **3. Bau von Höchstspannungsleitungen im Kreis Warendorf**

**030/2023**

Herr Gutsche begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Tobias Schmidt, Projektsprecher Korridor B, Herrn Frank Gisder, Projektleiter Genehmigung Leitungsbauvorhaben Westerkappeln – Gersteinwerk und Herrn Michael Weber als Projektsprecher Genehmigung Leitungsbauvorhaben Westerkappeln – Gersteinwerk.

Anhand der beigefügten Präsentationen stellt Herr Gisder die Firma Amprion und die einzelnen Projekte vor.

#### Projekt Leitungsbauvorhaben Westerkappeln - Gersteinwerk

Herr Weber erläutert das notwendige Raumordnungsverfahren sowie das darauffolgende Planfeststellungsverfahren und erklärt, dass das Projekt bereits im November 2022 der Öffentlichkeit vorgestellt worden sei. Das Interesse an diesen Veranstaltungen sei sehr groß und gebe die Möglichkeit, Fragen zu beantworten und Informationen zu geben. Er erklärt, dass es der Firma Amprion sehr wichtig sei, die Bevölkerung mitzunehmen um das Verfahren transparent darzustellen. Er weist darauf hin, dass die Kontaktdaten der Anwesenden in der Präsentation und im Internet hinterlegt seien und die Möglichkeit bestehe, direkten Kontakt aufzunehmen.

Weiterhin führt er aus, dass das Raumordnungsverfahren im Jahr 2024 und dass anschließende Planfeststellungsverfahren ab dem Jahr 2026 durchgeführt werde. Im Jahr 2029 rechnet man dann mit dem Beginn der Bauphase. Das Projekt werde vermutlich im Jahr 2033 abgeschlossen sein.

Herr Gisder zeigt die Herangehensweise der Fa. Amprion auf. Anhand der Folien erklärt er dem Ausschuss, wie die Korridore gebildet werden und erklärt, dass Bündelungsoptionen betrachtet werden. <https://www.amprion.net/Netzausbau/Aktuelle-Projekte/>

#### Projekt Korridor B

Anschließend erläutert Herr Schmidt als Projektsprecher das Vorhaben Korridor B. Er erklärt, dass es sich hierbei um eine Erdkabeltrasse handle und hierfür der Wechselstrom in Gleichstrom umgewandelt werde. Am Ende der Trasse werde dann der Strom wieder in Wechselstrom umgewandelt. Die Kabelschutzrohre werden in einer offenen Bauweise verlegt. Er führt aus, dass nach der Verlegung ein Schutzstreifen von 30 Metern bestehen bleiben müsse. Auf diesem Schutzstreifen dürfe keine Bebauung stattfinden und auch keine tiefwurzelnden Bäume gepflanzt werden. Allerdings sei eine normale landwirtschaftliche Bewirtschaftung weiterhin möglich. Sollte in problematischen Bereichen eine offene Bauweise nicht möglich sein, werde die geschlossene Bauweise angewendet.

Zum Abschluss seines Vortrages erklärt er, dass er jederzeit für Fragen zur Verfügung stehe. Außerdem weist er daraufhin, dass viele Informationen unter dem Link <https://korridor-b.amprion.net/> im Internet zu finden seien.

Herr Dr. Bleicher bedankt sich bei den Vortragenden und weist darauf hin, dass der Kreis Warendorf den vorgesehenen Trassenverlauf für den Korridor B bereits im Geoportall eingestellt habe und ergänzt, dass dieses auch für das Projekt Westerkappeln – Gersteinwerk erfolgen solle.

Herr Gutsche (CDU) bedankt sich bei den Vertretern der Fa. Amprion.

Frau Dufhues (CDU) erkundigt sich, wie mit Flächen verfahren werde, unter denen es Drainagen oder andere Rohre gäbe. Hier weist Herr Schmidt auf die Möglichkeit der geschlossenen Bauweise hin.

Herr Rosenbaum (CDU) erfragt, ob nicht bereits bestehende Hochspannungstrassen genutzt werden könnten, um auf das Raumordnungsverfahren in Teilen zu verzichten.

Daraufhin erklärt Herr Gisder, dass zunächst das vorhandene Netz geprüft werde, ergänzt aber auch, dass es bisher keine direkte Trasse Westerkappeln – Gersteinwerk gebe und ergänzt, dass Amprion Bündelungsmöglichkeiten prüfe, ein Verzicht auf das Raumordnungsverfahren allerdings nicht möglich sei.

Herr Schmedding (CDU) erkundigt sich nach den Entschädigungsmöglichkeiten für die jeweiligen Grundstückseigentümer.

Herr Schmidt erklärt, dass mit den Grundstückseigentümern verhandelt werde und nach Einigung eine Grunddienstbarkeit in das Grundbuch eingetragen werde, welche zum Betreten der Flächen berechtige. Die entstehende Wertminderung werde dann durch eine finanzielle Entschädigung ausgeglichen. Sollten sich wirtschaftliche Erschwernisse ergeben, werden diese ebenfalls ausgeglichen. Es werde mit jedem einzelnen Grundstückseigentümer verhandelt. Sollten vorab Baugrunduntersuchungen auf den Flächen stattfinden müssen, erfolgte vorab die Kontaktaufnahme zu den Eigentümern. Er ergänzt, dass die Flächen naturschutzfachlich kartiert werden.

Auf Nachfrage von Herrn Schmedding (CDU) erläutert Herr Schmidt, dass die Baustraßen nur temporär eingerichtet werden und anschließend zurückgebaut werden. Von den Erdkabeltrassen sehe man am Ende kaum etwas. Aus der Luft sei evtl. ein Schutzstreifen erkennbar.

Nachdem sich Herr Schmedding (CDU) nach den Maßnahmen zum Schutz des Netzes erkundigt, erläutert Herr Schmidt, dass es Schutzmaßnahmen geben werde, ein Stromnetz aber nicht 100 % gesichert werden könne.

Herr Hackelbusch möchte aufgrund der Anfragen von Bürgern wissen, ob im Internet einsehbar wäre, wo die Firma Amprion derzeit unterwegs sei. Herr Schmidt erklärt, dass dieses auf Internetseite der Fa. Amprion und Korridor-b.net zu finden sei.

Herr Lepper (FWG) erkundigt sich, ob in Waldgebieten 30 – 40 Meter breite Schneisen geschlagen werden müssten, wenn man diese nicht umgehen könne.

Herr Schmidt sieht dieses nicht als großes Problem an, da der Korridor für die Trassenplanung bei 1.000 Metern läge und somit die Waldgebiete im Münsterland gut zu umgehen seien. Sollten Rodungen erforderlich sein, dann dürfe nicht wieder aufge-



forstet werden. Ergänzend fügt er hinzu, dass im Bereich von Naturschutzgebieten die geschlossene Bauweise angewandt würde.

Ergänzend möchte Herr Lepper (FWG) wissen, ob Leitungen von 525 Kilovolt Einfluss auf die Erträge der Flächen haben.

Herr Schmidt erklärt, dass bei Gleichstromleitungen der Wärmeverlust sehr gering sei und deshalb keine signifikanten positiven oder negativen Auswirkungen auf den Flächenertrag habe.

Herr Ommen (SPD) bedankt sich bei den Berichterstatlern der Firma Amprion für die ausführlichen Informationen und stellt heraus, dass diese neuen Trassen für die Energiewende dringend benötigt werden. Er erklärt, dass er den Zeitraum bis zur Fertigstellung im Jahr 2033 als erschreckend lang empfinde und eine schnelle Energiewende benötigt werde. Er hofft auf eine schnelle Durchführung des Projektes und begrüßt es, dass die Öffentlichkeit frühzeitig informiert worden sei. Ebenso stellt er heraus, dass es wichtig sei, sichere Standorte für die Konverter zu finden.

Hieraufhin erklärt Herr Schmidt, dass für die Trasse 49 schon eine gute Lösung in Sicht sei, da in Hamm voraussichtlich eine Fläche im Eigentum der RWE zur Verfügung stehe, die sich gut eigne. Hier müsste allerdings eine Gasleitung verlegt werden. Dieses werde derzeit geprüft. Er stellt heraus, dass der Bürgermeister der Stadt Hamm gerade in Bezug auf die Herstellung von Wasserstoff die Trasse als grüne Steckdose bezeichnet habe, da es sich um klimafreundlichen Strom handle. Da in der Nähe der A2 bereits einige Logistikzentren ihren Standort hätten, wäre auch die Hallengröße des Konverters nicht außergewöhnlich. Man sei optimistisch, dass es sich hier um einen geeigneten Standort handeln könnte.

Zum Abschluss bedankt sich Herr Gutsche (CDU) bei allen Beteiligten und stellt heraus, dass das Bewusstsein für eine unabhängige Energieversorgung, insbesondere aufgrund der tragischen Ereignisse der vergangenen Monate, vorhanden sei.

### **Beschlussvorschlag:**

Zur Kenntnis

**Abstimmungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

#### **4. Einführung des DeutschlandTickets**

**042/2023**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt Herrn Hehl als Geschäftsführer der WestfalenTarif GmbH.

Herr Hehl bedankt sich für die Einladung und stellt anhand der beigefügten Präsentation die Einführung des DeutschlandTickets dar. Er verdeutlicht, dass die Rahmenparameter bereits feststehen, einige Detailfragen allerdings noch offen seien.

Er weist insbesondere auf die Herausforderung in Hinblick auf den Vertrieb und die Migration der Bestandsabos hin. Ebenso werde derzeit an einer Lösung für unterschiedliche Ticket-Varianten, wie z. B. das JobTicket, Semesterticket und das SozialTicket gearbeitet. Hierzu gäbe es noch einige offenen Fragen zu klären.

Außerdem macht er darauf aufmerksam, dass die Finanzierung nach 2024 noch nicht abschließend geklärt sei.

Ebenso macht er deutlich, dass insbesondere kleinere Unternehmen auf Ausgleichszahlungen angewiesen seien, damit deren Liquidität gesichert werden könne.

Zudem weist Herr Hehl noch einmal auf den schwierigen rechtlichen Rahmen hin, da der Bund juristisch nicht für die Nahverkehrstarife zuständig sei. Die Umsetzung des DeutschlandTickets erfolge über die Länder und die Träger des ÖPNVs seien die Kreise und kreisfreien Städte. Er stellt heraus, dass die Frage noch offen sei, wer die Finanzierung sichert, wenn die Zuschüsse nicht ausreichen sollten. Ebenso könne es für eigenwirtschaftlich tätige Unternehmen zu beihilferechtlichen Problemen kommen.

Herr Hehl ergänzt, dass die Aufnahme des NWL in den Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) erfolgen solle. Dieses sei in der Vergangenheit nicht möglich gewesen.

Zum Abschluss weist Herr Hehl noch auf die Problematik der Schülertickets hin. Für die Schulträger sei es in der Regel günstiger die Kosten für ein DeutschlandTicket zu tragen. Dieses könne zu Einnahmeverlusten in Höhe von insgesamt 30 Millionen Euro führen.

Herr Gutsche (CDU) bedankt sich bei Herrn Hehl für die umfangreichen Informationen.

Herr Möllmann (CDU) bedankt sich ebenfalls bei Herrn Hehl. Er bedauert, dass es acht Wochen vor der Einführung noch so viele offene Fragen gebe und möchte wissen, welcher Anstieg der Nutzerzahlen erwartet werde.

Herr Hehl erklärt, dass er grundsätzlich Vereinfachungen und Preissenkungen im ÖPNV schätze. Er führt aus, dass es beim 9-Euro-Ticket einen erheblichen Anstieg der Ticketkäufe für den Freizeitbereich gegeben habe, dass daraus aber keine nachhaltige Verkehrswende entstanden sei. Das 49-Euro-Ticket stelle für die aktuellen Abonnenten eine deutliche Vergünstigung dar. Es werde mit einer Steigerung von 10

Prozent gerechnet. Für viele sei der Preis im ÖPNV nachrangig. Er erklärt, dass die grundsätzlichen Fragen für einen Umstieg auf den ÖPNV andere seien. Hierzu gehören u. a. die Fragen der Taktdichte, der Pünktlichkeit und der Anbindung.

Er macht deutlich, dass der VDV davon ausgehe, dass die für die Einführung des DeutschlandTickets zur Verfügung stehenden 3 Milliarden Euro nicht ausreichen werden, sondern ca. 1 Milliarde Euro mehr benötigt werde.

Herr Ommen (SPD) bedankt sich ebenfalls bei Herrn Hehl und stellt heraus, dass die Einführung des Deutschlandtickets für die Kunden eine Vereinfachung bedeute, die rechtlichen Voraussetzung allerdings sehr komplex seien. Er erklärt, dass die RVM alle Abonnements angeschrieben habe und alle Kunden umstellen werde, die derzeit ein teureres Ticket haben. Des Weiteren macht er deutlich, dass durch den Umstieg der Kommunen auf das günstigere Ticket die Grundlage zur Finanzierung des ÖPNVs aus den Schülerverkehren fehlen werde.

Frau Grap (B'90/Grüne) macht deutlich, dass das Geld im System bleiben müsse. Ebenso stellt sie heraus, dass das DeutschlandTicket ohne ein entsprechendes Angebot im ÖPNV nichts nütze. Sie erkundigt sich, ob Herr Hehl einen Turnover-Punkt nennen könne, an dem sich die Einführung des DeutschlandTickets rechne.

Herr Hehl erklärt daraufhin, dass er diesen nicht benennen könne, da es viele andere Gründe zur Nutzung des ÖPNVs gebe.

Herr Gutsche (CDU) ist der Meinung, dass das Ticket vor allen Dingen denen diene, die bereits einen guten ÖPNV nutzen könnten. Er stellt sich die Frage, ob das DeutschlandTicket für den ländlichen Raum die richtige Lösung sei, da aufgrund der steigenden Kosten das eigentliche Ziel der Angebotsverbesserung finanziell nicht mehr leistbar ist.

Abschließend stellt Dr. Bleicher fest, dass die Umstellung auf ein nach außen einfach wirkendes System zunächst kompliziert sei. Er sieht insbesondere noch viele offene Fragen im Bereich der Schülerverkehre. Er hebt hervor, dass es sinnvoll wäre, Einsparungen in den ländlichen Raum zu geben, um dort für eine Angebotsverbesserung zu sorgen.

### **Beschlussvorschlag:**

Zur Kenntnis

**Abstimmungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

<b>5.</b>	<b>Vorstellung aktueller Projekte durch den Mobilitätsmanager des Kreises Warendorf</b>	<b>032/2023</b>
-----------	---	-----------------

Herr Gutsche (CDU) stellt Herrn Hemmann, Mobilitätsmanager des Kreises Warendorf, vor.

Herr Hemmann erläutert anhand der beigefügten Präsentation seine aktuellen Projekte.

Auf Nachfrage von Frau Hamann (SPD) erklärt Herr Hemmann, dass bei DHL in Everswinkel künftig 67 Mitarbeiter in zwei Schichten arbeiten werden. In der Hochsaison könnten es bis zu 115 Mitarbeiter sein. Er ergänzt, dass die Chance bestehe, weitere Firmen für das Projekt Ways2work zu gewinnen.

Nachdem Herr Ommen (SPD) sich erkundigt hat, warum nur vier Kommunen beim Thema Mobilstationen genannt wurden, obwohl auch die Stadt Sendenhorst einen Förderantrag beim NWL eingereicht hätte, erklärt Herr Hemmann, dass es sich hier um eine Rahmenanmeldung handele und jede einzelne Kommune auch das Recht habe einen eigenen Antrag zu stellen.

Herr Terwey ergänzt, dass es Kommunen gebe, die in den Planungen schon viel weiter seien und deshalb nicht mehr auf das Feinkonzept des Kreises angewiesen seien.

Herr Ommen (SPD) macht deutlich, dass eine Überarbeitung des Nachtbuskonzeptes zwingend erforderlich sei und alle Verkehrsträger einbezogen werden sollten. Er nennt den N1 (Ahlen – Sendenhorst – Münster) als gutes Beispiel.

Daraufhin erklärt Herr Hemmann, dass das Problem erkannt worden sei und dass man auch die Fahrleistungen der Bahn einbeziehe, obwohl man hierauf keinen direkten Einfluss habe. Hier gelte es dann, die Angebote zu nutzen und den On-demand-Verkehr entsprechend draufzusatteln. Herr Hemmann macht darauf aufmerksam, dass der Fahrermangel in den nächsten Jahren noch deutlicher ausfallen werde, als bisher erwartet. Voraussichtlich werden in den nächsten sieben Jahren bundesweit 87.000 Fahrer fehlen.

Auf Nachfrage von Herrn Lepper (FWG) erklärt Herr Terwey, dass es zum Thema On-demand-Verkehr im Münsterland noch keine abgeschlossenen und ausgewerteten Modell-Projekte gebe. Um einen Überblick über andere Regionen und erfolgreiche Projekte zu bekommen, soll zunächst eine Machbarkeitsstudie vergeben werden, wo und welche Pilotprojekte umgesetzt wurden und auch nach Auslaufen der Förderung noch eine Chance haben könnten, zu akzeptablen Konditionen fortgeführt zu werden.

Herr Schmedding (CDU) erkundigt sich, ob weitere Unternehmen aus anderen Kommunen Interesse an der Teilnahme am Projekt Ways2work bekundet hätten. Herr Hemmann erklärt daraufhin, dass die Stadt Drensteinfurt einen Antrag zusammen mit einem Unternehmen aus Walstedde gestellt habe.

Herr Hemmann ergänzt, dass Gespräche mit Kommunen und Wirtschaftsförderern geführt worden seien. Ebenso sei der Förderaufruf über das IHK-Netzwerkbüro Betriebliche Mobilität (IHK BEMO) kommuniziert worden. Er stellt heraus, dass dieser bisher einmalige Förderaufruf voraussichtlich zu einem dauerhaften Förderaufruf werde.

Herr Dr. Bleicher fügt hinzu, dass der Arbeitszeitbeginn in den einzelnen Unternehmen häufig unterschiedlich sei. Er erklärt, dass die Kosten für eine Ausweitung des Angebotes der Ortslinienverkehre durch die Kommunen zu tragen seien.

Herr Terwey stellt heraus, dass es aufgrund des Projektes mit DHL in Everswinkel noch andere Effekte geben werde und er davon ausgehe, dass künftig weitere Unternehmen einsteigen werden. Die Strecke habe Potenzial, da die Mitarbeiter der JVA, Firmen im Gewerbegebiet Boschweg in Everswinkel und auch die Pendler von Warendorf nach Münster und umgekehrt profitieren könnten.

Herr Grobecker (B`90/Grüne) hofft, dass weitere Arbeitgeber anfragen werden, ob eine Anbindung möglich sei. Er erkundigt sich, ob es tatsächlich notwendig sei, eine Studie zum On-demand-Verkehr zu erstellen. Er betont, dass der On-demand-Verkehr als Verbesserung des OPNVs zeitnah benötigt werde.

Herr Hemmann betont, dass zunächst fundiert dargelegt werden müsse, welche Kosten entstehen könnten und welche Strecken wirklich sinnvoll sein könnten. Es solle sich nicht um eine theoretische Studie sondern um eine Machbarkeitsstudie handeln.

Daraufhin weisen Herr Gutsche (CDU) und Herr Dr. Bleicher auf die derzeitigen Projekte zu den On-demand-Verkehren in den Kreisen Borken und Coesfeld hin. Herr Dr. Bleicher erklärt, dass man über deren Erfahrungen im Austausch sei bzw. in den Austausch treten werde, um für den Kreis Warendorf sinnvoll Lösungen zu suchen und zu prüfen, ob diese finanziell umsetzbar sind.

Herr Gutsche (CDU) bedankt sich für die angeregte Diskussion und schlägt vor, dass Herr Hemmann über den Fortschritt der Projekte im Ausschuss berichten solle.

### **Beschlussvorschlag:**

Zur Kenntnis

**Abstimmungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

<b>6.</b>	<b>Kapitalerhöhungsbeschluss verbunden mit einer Änderung des Gesellschaftsvertrages bei der Tarifgemeinschaft Münsterland - Ruhr-Lippe GmbH aufgrund des Beitritts des Kreises Steinfurt</b>	<b>033/2023</b>
-----------	---	-----------------

Nach einer kurzen Erläuterung durch Herrn Dr. Bleicher stellt Herr Gutsche den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Kapitalerhöhung verbunden mit einer Änderung des Gesellschaftsvertrages bei der Tarifgemeinschaft Münsterland - Ruhr-Lippe GmbH aufgrund des Beitritts des Kreises Steinfurt wird entsprechend der Anlage zugestimmt.
2. Die Vertreter des Kreises in den Gesellschafterversammlungen werden beauftragt, der Kapitalerhöhung und der Änderung des Gesellschaftsvertrages (s. Anlage) zuzustimmen bzw. die erfolgten Beschlüsse zu bestätigen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>7.</b>	<b>Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum Li- nienbündel WAF 6</b>	<b>034/2023</b>
-----------	--	-----------------

Nach einer kurzen Erläuterung durch Herrn Terwey stellt Herr Gutsche die Vorlage zur Abstimmung.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Landrat wird ermächtigt, die anliegende öffentlich-rechtliche Änderungsvereinbarung mit dem Kreis Gütersloh abzuschließen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, notwendige Änderungen der Vereinbarung nach Maßgabe der Aufsichtsbehörde vorzunehmen, sofern die materiellen Regelungen unberührt bleiben.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

### **Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema „Sachstand Windenergie“ vom 17.02.23**

Zunächst weist Dr. Bleicher darauf hin, dass die Fragen zu den Photovoltaik-Anlagen derzeit ermittelt würden und zu einem späteren Zeitpunkt beantwortet werden.

Anhand der beigefügten Präsentation beantwortet Herr Dr. Bleicher die Fragen der CDU-Fraktion zum Sachstand Windenergie.

Er erklärt, dass der Landkreistag erreicht habe, dass die Zuständigkeit für die Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen beim den Kreisen verbleiben werde, da dort das Personal vorhanden sei und die Energiewende schnell vorangehen müsse. Die Möglichkeiten und Aktivitäten zur Beschleunigung der Verfahren stellt Dr. Bleicher anhand der Präsentation dar und ergänzt, dass die Digitalisierung des gesamten Verfahrens nach einem bundeseinheitlichem Verfahren wünschenswert sei.

Herr Gutsche bedankt sich bei der Verwaltung für die Beantwortung der Anfrage und macht deutlich, dass der Kreis Warendorf im Vergleich in der Region gut aufgestellt sei. Er weist daraufhin, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung nur gegeben wäre, wenn auch andere Regionen einen Beitrag leisten.



Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Herr Gutsche um 12.40 Uhr die Sitzung.

gez.

Guido Gutsche  
Vorsitzender

gez.

Dr. Herbert Bleicher  
Dezernent für Bauen, Planung und Umwelt